

Medienmitteilung

Chur, 24. 2. 2009

NEIN zu Kohlekraftwerken

Petition mit über 1000 Unterschriften eingereicht

Mehr als 1000 Bürger und Bürgerinnen setzen ein Zeichen gegen Bündner Investitionen in Kohlekraftwerke. Mit der heute an die Regierung überreichten Petition "NEIN zu Kohlekraftwerken" verlangen sie, dass die Regierung Investitionen der Rätia Energie in Kohlekraftwerke stoppt.

Regierungsrat und Verwaltungsratsmitglied der Rätia Energie, Martin Schmid, bekam heute eine Ladung Kohle und die WWF-Petition "Nein zu Kohlekraftwerken" mit 1050 Unterschriften überreicht. Mit der Petition wird die Bündner Regierung aufgefordert, die Investition der Rätia Energie in das Kohlekraftwerk Brunsbüttel zu stoppen. "Es ist sonnenklar, dass die Zukunft den neuen erneuerbaren Energien, und nicht den klimaschädigenden Kohlekraftwerken gehört", sagte Anita Mazzetta, Geschäftsleiterin WWF Graubünden bei der Überreichung der Petition. "Es darf nicht sein, dass die Rätia Energie Volksvermögen in eine veraltete Technologie investiert und so unser Klima schädigt."

Mit der Übernahme einer der geplanten Blöcke des Kohlekraftwerks in Brunsbüttel würde die Rätia Energie auf einem Schlag 5 Mio. Tonnen CO₂ pro Jahr verursachen, soviel wie die ganze Ostschweiz zusammen. Ab 2013 müssen die Stromversorger in der EU zudem für ihren gesamten CO₂-Ausstoss Emissionsrechte erwerben. Mit ihren gigantischen CO₂-Emissionen werden Kohlekraftwerke ungleich höher belastet als andere Energieträger und drohen damit zu Investitionsruinen zu werden.

Dies hat einige Stromkonzerne bereits zum Umdenken bewegt. Die BKW, die eine Beteiligung am Kohlekraftwerk in Dörpen plant, geht über die Bücher. Die Energiekommission des Kantons Tessin hat die Investition der AET vertagt – und zwar bis eine kantonale Energiestrategie vorliegt. Die Gruyere Energie hat sich von der Beteiligung an Brunsbüttel bereits verabschiedet. Der zweitgrösste Energiekonzern Deutschlands RWE hat entschieden, nicht in westeuropäische Kohlekraftwerke zu investieren. Auch die Rätia Energie muss endlich Verantwortung übernehmen, meinte SP-Grossrat Johannes Pfenninger anlässlich der Petitionsübergabe: "Riskante Expansionsstrategien mit ungewissen Folgen für den Kanton Graubünden als Hauptaktionär sowie für die Steuerzahler und die Stromkonsumenten sind deshalb zu unterlassen." Die Rätia Energie gehört zum einem grossen Teil dem Bündner Volk. Die Regierung soll deshalb ihren Einfluss für eine verantwortungsvolle Umwelt- und Klimapolitik geltend machen.

Weitere Infos:

Anita Mazzetta, WWF Graubünden, 081 250 23 00

Johannes Pfenninger, SP-Grossrat, 081 284 91 00

www.wwf-gr.ch